

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

56. Sitzung  
28. Mai 2020

Beginn: 13.01 Uhr  
Schluss: 16.07 Uhr  
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### a) **Aktuelle Viertelstunde**

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) [zugeschaltet] fragt, welche Maßnahmen der Senat ergriffen habe, um die während der Corona-bedingten Schulschließungen deutlich gewordenen Defizite in der Betreuung und Beschulung von Schüler/inne/n mit sonderpädagogischem Förderbedarf auszugleichen und künftig zu vermeiden, damit das Recht auf Bildung glaubwürdig realisiert werde.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) antwortet, dass grundsätzlich im Rahmen der integrativen oder inklusiven Schule bei der Schulschließung oder -öffnung Schüler/innen mit oder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gleichbehandelt würden. Die Schüler/innen mit besonderem Unterstützungsbedarf würden bei Schulschließungen und -öffnungen zusätzlich unterstützt. Die Förderschulen seien nach den Regelungen der allgemeinen Schulen geschlossen und geöffnet worden. Sonderregelungen habe es für die besonderen Förderschwerpunkte Lernen und geistige Entwicklung gegeben, um Erfahrungen mit der Einhaltung von Hygieneregeln zu gewinnen. Es habe sich ergeben, dass man auch hier wie bei den allgemeinen Schulen verfahren könne. Für die Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung seien abweichende Regelungen gefunden worden, da es länderübergreifende Absprachen gegeben habe, die sich auf die erschwerte Einhaltung von Hygieneregeln bezogen hätten. Die Öffnung sei hier später erfolgt. Die bisherigen Rückmeldungen durch die Schulleitungen seien positiv.

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) [zugeschaltet] interessiert, wie viele der Schüler/innen mit Förderbedarf in welchem Umfang in die Schule gehen könnten. Könnten die betroffenen Familien auch eine Förderung zu Hause oder ein Unterstützungsangebot erhalten?

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) erklärt, dass es generell Unterstützung gebe.

**Klaus Jürgen Heuel** (SenBildJugFam) bemerkt, dass statistische Daten darüber nicht erhoben worden seien. In den Öffnungs- und Schließungsschreibern würden die Jahrgangsstufen benannt. Es seien deutlich mehr Schüler/innen in die Schulen aufgenommen worden, z. B. die mit schweren Behinderungen. Schulhelfer/innen könnten zu Hause unterstützen, wenn die Familie dies wünsche. Die Jugendhilfe habe Hilfen zur Erziehung ermöglicht, wo Eltern in besondere Notlagen geraten seien.

**Dirk Stettner** (CDU) fragt, ob Gelder, die für die Errichtung von Drehscheibenschulen eingeplant gewesen seien, abgezogen und in die Sanierung anderer Schulbauvorhaben gesteckt worden seien, oder würden Schulneubauprojekte und Schulsanierung verzögert oder gestrichen? Sei sichergestellt, dass man zu Beginn des nächsten Schuljahrs ausreichend Schulplätze für alle Schüler/innen habe?

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) sagt, hierzu gebe es auch eine schriftliche Anfrage. Drehscheibenstandorte, Finanzierung und Planung seien bei den Bezirken abgefragt worden. Momentan gebe es keine Änderungen. Jedes Kind werde einen Schulplatz erhalten.

**Dirk Stettner** (CDU) folgert, dass es dann nicht zutreffe, dass in Lichtenberg drei Drehscheibenschulstandorte gestrichen worden seien und deswegen 14 Schulen nicht saniert werden könnten und nach der aktuellen roten Nummer zu Beginn des nächsten Schuljahrs 4 120 Grundschulplätze fehlten.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) antwortet, sie könne sich gern bezüglich der genannten Drehscheibenstandorte kundig machen. Dass Schulplätze fehlten, suggeriere, dass Kinder nicht beschult werden könnten. Dies treffe nicht zu. Bislang habe man ein Defizit von ca. 6 500 Plätzen. Dieses werde durch schulorganisatorische Maßnahmen ausgeglichen. Man arbeite an der Verkleinerung des Defizits. Der Schulbaubeauftragte Nünthel stehe in Kontakt mit Lichtenberg, um Probleme auszuräumen.

**Regina Kittler** (LINKE) nimmt Bezug auf einen Brief der Jugendbildungsstätten. Am Vortag sei im Hauptausschuss über den Nachtragshaushalt verhandelt worden. Die Jugendbildungsstätten hätten große Einnahmeausfälle. Inwiefern werde das Land helfen?

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) bestätigt, dass die Jugendbildungsstätten zu einem großen Teil von Einnahmen lebten. Mit Beginn der Krise habe man sichern können, dass der zuwendungsfinanzierte Teil weiterhin gewährleistet sei, indem die Jugendbildungsstätten Angebote in anderer Form erbrächten. Aber die Teilnehmerbeiträge fehlten. Im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts sei ein Rettungsschirm – 2,5 Mio. Euro – für Jugendarbeit und Jugendbildungsstätten aufgespannt worden. Jede Institution könne ihre Ausfälle darlegen und Ausgleich beantragen.

**Tommy Tabor** (AfD) stellt fest, dass den Schulen der Umgang mit einer Maskenpflicht freigestellt sei. Wenn eine Schule sich für die Maskenpflicht entscheiden sollte, Schüler sich aber weigerten, eine Maske zu tragen, welche Regelungen gebe es dann?

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) erwidert, es gebe keine Maskenpflicht in Schulen. Eine Maske könne freiwillig getragen werden. Ihr seien diesbezüglich keine Probleme gemeldet worden.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) berichtet von der Videokonferenz der KMK. Die Krisenbewältigung im Rahmen der Lockerungen habe eine Rolle gespielt. Der Austausch habe sich darauf bezogen, in welcher Phase der Öffnung die einzelnen Länder sich befänden. Die Herangehensweise sei unterschiedlich. Alle befürworteten Lockerungen im Kitabereich. Man habe sich auch über Kinderschutz ausgetauscht. In Berlin werde die Hotline Kinderschutz höher frequentiert. Andererseits gingen die Inobhutnahmen zurück. Polizeilich seien keine Unterschiede zu sehen. Man habe verabredet, eine gemeinsame Datengrundlage zu schaffen. – In Bezug auf die Reform des SGB VIII habe der Bund versichert, dass der Referentenentwurf in der finalen Abstimmung sei und demnächst den Ländern zugehe.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) versichert, dass es in Richtung Regelbetrieb gehe. Die Ferienbetreuung solle regulär aufgenommen werden. Die Eindämmungsmaßnahmen hätten den schulischen Alltag erheblich verändert. Ab dem 27. April habe es eine schrittweise Öffnung unter Beibehaltung der Notbetreuung gegeben. Viele Eltern hätten in dieser Zeit eine Kinderbetreuung zu Hause organisieren müssen. Mit dem weiteren Rückgang des Infektionsgeschehens seien Lockerungen vorgenommen worden. Mit Beginn der Sommerferien werde ein Schritt hin zu einem regulären Schulbetrieb unternommen: Die Schulen würden für die ergänzende Förderung und Betreuung geöffnet. Mit der Ferienbetreuung werde die Notbetreuung beendet. An der Ferienbetreuung könnten alle Kinder mit einem Bedarfsbescheid teilnehmen. Die Elternkostenbeteiligung werde ab dem 1. Juli in Höhe des Kostenbescheids erhoben. Eltern ohne Bedarfsbescheid müssten beim Jugendamt einen Antrag stellen.

**Andreas Wild** (fraktionslos) fragt, wie der Senat zu den in Baden-Württemberg veröffentlichten Zahlen stehe, wo man davon ausgehe, dass die Kinder zum Infektionsgeschehen gar nicht beitragen, und wo man Schulen und Kitas in Kürze vollständig öffnen werde. Sehe man in Berlin ähnliche Handlungsspielräume?

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) antwortet, sie könne die Zahlen nicht einordnen. Man habe ein großes Interesse daran, dies für Berlin festzustellen. Daher habe der Senat eine Teststrategie beschlossen. In einer Studie würden 24 Schulen über ein Jahr getestet. Über einen kontinuierlichen Testablauf sollten wissenschaftliche Ergebnisse erzielt werden. – Mit SenGPG erarbeite man eine Handreichung und biete Lehrkräften an, sich testen zu lassen. – Vor und nach den Sommerferien würden komplette Kollegien getestet.

**Andreas Wild** (fraktionslos) fragt, wie der Senat jetzt handele, wo es keine wissenschaftlichen Belege dafür gebe, dass die Kinder überhaupt beteiligt seien. Das Bildungsniveau in Berlin sei ohnehin kritisch, und die Eltern seien an der Belastungsgrenze. Verluste von Bildung und Einkommen müssten gerechtfertigt werden.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) erwidert, es seien Einschnitte vorgenommen worden, die die Priorität des Gesundheitsschutzes an erste Stelle gesetzt hätten. Dem unterliege momentan der gesamte Berliner Schulbetrieb mit einer Abstandsregelung von 1,50 Metern. Es gebe Schichtmodelle, Mischformen von Präsenzunterricht und Lernen zu Hause. Man gehe Schritte in Richtung Öffnung. Es gebe mehrere Programme, um Familien zu entlasten. Den Schulen sei freigestellt, Schüler/innen aus benachteiligten Haushalten frühzeitig in die Schulen zurückzuholen.

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) entgegnet Abg. Wild, es gebe keine eindeutigen Aussagen der Wissenschaft dazu, inwieweit Kinder Überträger von Infektionen sein könnten. Es gebe eine deutliche Kontroverse. Daraus seien politische Schlüsse zu ziehen. Es gebe Stufenpläne und die Rahmung, um mehr wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen. Auch im Kitabereich seien die Stufen festgelegt. Mit den Sommerferien werde die Betreuung in eine normalere Bahn kommen.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) sagt, in den Kinderschutzambulanzen landeten jetzt viel gravierendere Fälle an. Welchen Rückschluss ziehe der Senat daraus?

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) berichtet, dass alle Kinderschutzambulanzen um Rückmeldung gebeten worden seien. Zur Intensität der Verletzungen liege keine Erkenntnis vor. Man sei dabei, dies mehr zu durchdringen, um sich über das Kindeswohlgefährdungsgeschehen klarer zu werden.

**Roman Simon** (CDU) möchte wissen, ob die anderen Stadtstaaten in der JFMK sich zur häuslichen Gewalt und zur Anzahl der Inobhutnahmen geäußert hätten. Werde der Senat Kontakt zu den anderen Stadtstaaten aufnehmen, um zu erfragen, wie sich dort die häusliche Gewalt entwickelt habe? – Könnte die geringere Zahl der Inobhutnahmen dadurch bedingt sein, dass die Bezirke weniger gearbeitet hätten? – Sachsen sei schneller als Berlin in eine andere Phase eingetreten. Sei in der JFMK mitgeteilt worden, wie dies sich auf das Infektionsgeschehen ausgewirkt habe?

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) antwortet, dass in der JFMK keine detaillierten Daten besprochen worden seien. Die Erhebungen seien nicht in allen Punkten vergleichbar. Man habe Verabredungen getroffen, um Vergleichbarkeit zu erreichen. Zu Stadtstaaten gebe es Kontakte. Wie es dort aussehe, könne man erheben. – Die Kinderschutzmeldungen in den Bezirken hätten abgenommen. Alles zusammen habe dazu beigetragen. Bei gravierenden Verletzungen habe die Gefährdungssituation meistens über längere Zeiträume bestanden. Jetzt werde die Verwaltung wieder hochgefahren. Der Zustand werde sich auch dort hoffentlich wieder normalisieren. – Es seien lediglich die Pläne der Bundesländer dargestellt worden. Berlin wähle den Weg der Stufen, damit das Ampelsystem nicht auf Rot springe.

**Regina Kittler** (LINKE) fragt, ob die Anträge wegen Ferienbetreuung in der Schule abgegeben werden könnten. Wie sei die rechtzeitige Bearbeitung der Anträge durch die Jugendämter gesichert? Gebe es notfalls eine Möglichkeit, Kinder ohne Bescheid aufzunehmen? – Würden Tests auch für Erzieher/innen in den Schulen bereitgestellt?

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) betont bezüglich der Anträge, es sei nicht zu erwarten, dass in erheblicher Zahl neue Verträge geschlossen würden. Die Mehrzahl der Kinder in der Notbetreuung habe bereits einen Anspruch auf Betreuung. – In der Schule könne der Antrag gestellt werden, wenn ein Gutschein vorhanden sei. Anderenfalls sei ein Gutschein beim Jugendamt zu beantragen.

**Bettina Jarasch** (GRÜNE) sagt, sie sei sich nicht mehr sicher, in welchem TOP man sich befinde. Sie wünsche eine strukturierte Debatte.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner** erwidert, dass Fragen zum Bericht zugelassen seien.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) erklärt, die acht Teststellen seien für das gesamte pädagogische Personal bzw. das gesamte Personal einer Schule.

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) [zugeschaltet] fragt, ob geplant sei, nach den Ferien den Regelbetrieb der Schulen wieder aufzunehmen. – Werde vom bisherigen Stufenplan für die Kitas Abstand genommen und nähmen schon ab 25. Juni die Kitas den Regelbetrieb wieder auf?

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) stellt klar, dass mit der Ferienbetreuung ein weiterer Schritt hin zu einem regulären Schulbetrieb gemacht werde. Wenn das Infektionsgeschehen es erlaube, werde man in Richtung Regelbetrieb nach den Sommerferien gehen.

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) berichtet, dass ein Gesamtplan erstellt werde, wo Stufen zusammengefasst werden könnten. Das Verhältnis zwischen jahrgangsweise in die Kita kommenden Kindern und zur Verfügung stehendem Fachpersonal müsse kongruent sein. Derzeit habe man 40 Prozent der Kinder in der Notbetreuung und 80 Prozent der Fachkräfte. Wenn man die Kitas weiter öffne, müsse man die Gruppengröße ändern. Derzeit sei die Infektionsentwicklung sehr gut, sodass man mehr öffnen könne. Darin eingebettet sei die Teststrategie. Es sei auch die Frage, wie viel Durchmischung man zulasse.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung  
über das Verbot von Großveranstaltungen vor dem  
Hintergrund der SARS-CoV-2-Pandemie  
(Großveranstaltungsverbotsverordnung –  
GroßveranstVerbV)**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/202
- [0303](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2652  
**Fünfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-  
Eindämmungsmaßnahmenverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/203
- [0301](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- c) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Verordnung über Sonderbestimmungen für die  
Staatsprüfung für Lehrämter**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/205
- [0304](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- d) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung  
der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-  
CoV-2 in Berlin (SARS-CoV-2-  
Eindämmungsverordnung – SARS-CoV-2-EindV)**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/206
- [0305](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe

- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin (SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung – SARS-CoV-2-EindmaßnV)**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/207
- f) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Erste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/208
- g) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Zweite Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/209
- h) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin (SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung – SARS-CoV-2-EindmaßnV)**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/210
- [0306](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- [0307](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- [0308](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- [0309](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe

- i) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Verordnung zur Änderung der Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Berlin (SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung – SARS-CoV-2-EindmaßnV)**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/211
- [0310](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- j) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Zweite Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/212
- [0311](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- k) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Dritte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/213
- [0312](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- l) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Vierte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/214
- [0313](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe

- m) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2679  
**Verordnung über das Verbot von Großveranstaltungen vor dem Hintergrund der SARS-CoV-2-Pandemie (Großveranstaltungsverbotsverordnung – GroßveranstVerbV)**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/215
- [0314](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- n) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2685  
**Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/216
- [0316](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- o) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2685  
**Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Verbot von Großveranstaltungen vor dem Hintergrund der SARS-CoV-2-Pandemie (Großveranstaltungsverbotsverordnung – GroßveranstVerbV)**  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/217
- [0317](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe
- p) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 18/2685  
Siebte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung  
(auf Antrag aller Fraktionen)  
VO-Nr. 18/218
- [0318](#)  
BildJugFam  
GesPflegGleich  
Haupt(f)  
InnSichO  
Recht  
Sport  
WiEnBe

- |  |  |
|--|--|
| q) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin<br>Drucksache 18/2702<br>Achte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung<br>– Vorabüberweisung –<br>(auf Antrag aller Fraktionen)<br>VO- Nr. 18/219 | <a href="#">0325</a><br>BildJugFam<br>GesPflGleich<br>Haupt(f)<br>InnSichO<br>Recht<br>Sport<br>WiEnBe |
|--|--|

**Stefanie Remlinger** (GRÜNE) bittet den Senat, künftig auch immer über die berufsbildenden Schulen zu berichten. – Mit wie viel weniger angebotenen dualen Ausbildungsplätzen und mit welchen branchenweisen Veränderungen rechne der Senat im kommenden Ausbildungsjahr? Bekenne er sich zu der Verantwortung, den Ausfall an Ausbildungsplätzen durch staatlich geförderte sonstige duale Ausbildungsangebote oder vollschulische Angebote zu kompensieren? Welche Angebotsformen sollten wie stark ausgeweitet werden? – Inwieweit würden Warteschleifen vermieden? Werde gewährleistet, dass Schüler/innen mit MSA weiterführende Bildungswege einschließen? – Wie werde die Situation in Willkommensklassen und Alphabetisierungskursen eingeschätzt? Welche Maßnahmen würden hier ergriffen? – Werde der Senat das Programm Praxiserprobung für Geflüchtete weiterführen oder ausbauen und ggf. stärker auf die beruflichen Schulen ausrichten? – Wann würden die beruflichen Schulen an eGovernment@school angeschlossen?

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) [zugeschaltet] fragt, inwieweit gesichert sei, dass alle Abschlussprüfungen der Auszubildenden stattfänden – digital, wenn nicht vor Ort. Wie sei der Stand des digitalen Unterrichts an den Berufsschulen? Seien die Berufsschulen in den letzten Wochen vorangeschritten? Das Potenzial für eine Digitalisierung sei an diesen groß. – In den Jugendberufsagenturen könnten die Berater nicht wie sonst anwesend sein, da sie zum Teil in Jobcentern eingesetzt seien. Die IHK habe angeboten, in der Beratung im Interesse der dualen Ausbildung zu unterstützen, damit nicht der Weg in die vollzeitschulischen Angebote vorprogrammiert sei. Gebe es Ideen für eine Lösung? – Was halte der Senat von einem Berufsschulstart im Februar in Ausbildungsberufen, wo Unternehmen von der Pandemie betroffen seien?

**Roman Simon** (CDU) bezieht sich auf die verschiedenen Fassungen der Corona-Eindämmungsmaßnahmenverordnung. Der Umgang des Senats mit dem Parlament sei zu tadeln. Die Verfassung von Berlin habe zu Recht geregelt, dass Verordnungen dem Parlament zur Kenntnis gegeben würden, damit dieses darüber reden könne, damit Nachfragen gestellt werden könnten und damit in einem formellen Verfahren in eine Debatte mit dem Senat darüber eingetreten werden könne. Er hoffe, dass der Senat sich künftig an die Verfassungsnormen halten werde. Wenn er die 8. Eindämmungsverordnung richtig verstehe, habe man es faktisch mit der 7. zu tun, die 8. ändere wenig. In der 7. VO seien in § 7 Abs. 9 mehrere Ausnahmetatbestände geregelt worden. Warum nicht für die Eliteschulen des Sports?

Mit § 12 Abs. 10 werde die private Kinderbetreuung außerhalb der Einrichtungen geregelt; diese sei allerdings auf Kinder aus maximal drei Haushalten beschränkt. Der Bürger halte sich eher an staatliche Regelungen, wenn diese logisch und nachvollziehbar seien. In Kitas könnten bis zu zehn Kindern zusammenkommen. Der Unterschied sei nicht nachvollziehbar. Die

private Kinderbetreuung sollte zugelassen werden, wenn Kinder aus der gleichen Kitagruppe betroffen seien. Wann werde der Senat die Regelung ändern?

**Bettina Jarasch** (GRÜNE) fragt, inwiefern das Lernbrücken-Programm geflüchtete Kinder und Jugendliche erreicht habe. Inwiefern seien Willkommensklassen einbezogen? – Wie viel weiteren Bedarf sehe der Senat für Endgeräte für den Zugang zum Homeschooling und Lernplattformen? Seien geflüchtete Kinder berücksichtigt?

**Katrin Seidel** (LINKE) interessiert der aktuelle Stand der Auslastung der Kitas. – Verschiedene Fachgesellschaften forderten eine schnellstmögliche vollständige Öffnung. Die betriebsmedizinische Betreuung der Beschäftigten müsse gestärkt werden. Was plane der Senat diesbezüglich? Gebe es eine Teststrategie? – Die Träger müssten in dieser Hinsicht unterstützt werden. – Wie sehe es mit Kindererholung und Jugendreisen aus? Inwieweit könne bei der Freizeitgestaltung im Sommer eine Normalisierung hergestellt werden?

**Paul Fresdorf** (FDP) fragt nach der rechtlichen Lage, wenn eine Kindertagesstätte bereit sei, ab sofort in den Regelbetrieb überzugehen. Wäre dies möglich?

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) erklärt zur Frage nach dem Breitband in beruflichen Schulen, sie teile den Unmut, dass man nicht schneller vorankomme. Inzwischen seien 25 Prozent der beruflichen Schulen angeschlossen. Seitens der Bezirke stünden noch Baugenehmigungen aus. In regelmäßigen Runden lasse SenBildJugFam sich Rückmeldungen bezüglich der Arbeitsfortschritte geben. Sie hoffe, dass die Zielplanungen für 2020 eingehalten würden. – Zuständig für die Organisation der Zwischen- und Abschlussprüfungen für Ausbildungsberufe seien IHK und HWK. Eine Distanzlösung sei als Prüfung rechtlich kaum umsetzbar, weil hier die Feststellung der Personenidentität schwer zu gewährleisten sei. Die bundesweiten Prüfungsaufgabenformate ließen sich nicht mehr rechtzeitig in eine digitale Fassung umstellen. Dies gelte für alle Berufsbilder, insbesondere für die fachpraktischen Prüfungsformate. – Alle Berliner Berufsschulen böten digitalen Unterricht an. Eine Abfrage der eingesetzten Online-Tools sei erfolgt. Allen Schulen stehe das Lernmanagementsystem „Lernraum“ zur Verfügung. Man habe eine Dienstvereinbarung zu E-Learning-Systemen für die Beschäftigten in beruflichen Schulen in der Entwurfsfassung erarbeitet, um Anschaffung und Einsatz von E-Learning-Systemen zu vereinfachen.

Alle Mitarbeiter/innen der Jugendhilfe, der Jobcenter und Berater/innen der beruflichen Schulen sowie die Berufsberater/innen der Agentur für Arbeit seien jeweils für die 12 Standorte im Einsatz. Weil die Standorte der Jugendberufsagentur Berlin bisher für den Kundenverkehr geschlossen seien, könnten die Jugendlichen die Berater/innen nur telefonisch oder per E-Mail kontaktieren. An den allgemeinbildenden Schulen seien die Koordinatoren für Berufs- und Studienorientierung, die Lehrkräfte der beruflichen Schulen im BSO-Team und teilweise Schulsozialarbeiter und Mitarbeiter von Trägern der Berufs- und Studienorientierung im Einsatz, um die Schüler/innen im Abschluss- oder Abgangsjahrgang zu unterstützen. Durch die noch durch den Schichtunterricht beeinflusste Präsenz von Teilgruppen der Klassen seien anspruchsvolle Planungen notwendig, um alle Jugendlichen bis zu den Ferien zu kontaktieren. IHK und HWK hätten angeboten, die schulischen Akteure durch Einsatz ihrer Ausbildungsberater zu unterstützen.

Eine generelle Verschiebung des Berufsschulstarts für in der Coronakrise besonders betroffene Ausbildungsberufe sei aus personellen Gründen nicht umsetzbar. Die Taktung sei ohnehin schon komplex. Nur für Berufsbilder, die schon jetzt einen zweiten Starttermin im Februar vorsähen, könnten Plätze hochgefahren werden.

**Mirko Salchow** (SenBildJugFam) erklärt, dass man noch keine ausgeschärfte Lageanalyse für den Ausbildungsmarkt der Stadt habe. Man habe eine Telefonkonferenz mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern, in der zugesagt worden sei, eine branchenspezifische Schärfung aufgrund der Rückläufe von Befragungen herbeizuführen. Die neuen Zahlen der RD stünden zum Monatsende bereit. Man erwarte Aufschluss darüber, welche Berufsbilder betroffen seien, sodass man Quantitäten ableiten könne. Erst das ermögliche, über adäquate Ersatzangebote nachzudenken. Im April seien 10 Prozent weniger Ausbildungsplätze der RD gemeldet gewesen. Es gebe sicher noch einen Aufwuchs.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) legt dar, dass in Bezug auf Willkommensklassen verschiedene Projekte auf den Weg gebracht worden seien, insbesondere das Programm „Berlin entwickelt Neue Nachbarschaften“ zur besseren Versorgung mit WLAN in den Gemeinschaftsunterkünften, was eine Voraussetzung für das Lernen zu Hause gewesen sei. Über die Vernetzung der bezirklichen Bildungsakteure, u. a. durch die Koordinierungsstellen für die Willkommensklassen und das Projekt „Bildungskoordination für Zugewanderte“, würden bessere Informationsflüsse zwischen den Akteuren sichergestellt. Die Lehrkräfte der Willkommensklassen würden durch die Einrichtung eines Kurses im „Lernraum Berlin“ mit aktuellen Informationen und Unterrichtsmaterial usw. unterstützt. Hier fänden virtuelle Treffen mit den Koordinationsstellen für Willkommensklassen und deren Lehrkräfte statt. Fortbildungsformate zum digitalen Lernen für Lehrkräfte aus Willkommensklassen seien entwickelt und bereitgestellt worden. Die BuT-berechtigten Schüler/innen könnten am Programm „Lernbrücken“ teilnehmen. Bei der schrittweisen Wiederaufnahme der Beschulung seien Schüler/innen der Willkommensklassen prioritär behandelt worden. Sie könnten an den Sommerschulen teilnehmen und erhielten leihweise mobile Endgeräte.

In der 7. Eindämmungsverordnung gebe es keine gesonderte Regelung für die Sportschulen. Der Wahlpflichtunterricht sei ermöglicht worden.

**Nadja von Bernuth** (SenBildJugFam) erläutert, dass man sich bei den Verordnungen auf das notwendige Minimum beschränke. Die Verordnung lasse Raum, auf die spezifischen Eigenarten der Schulen zu reagieren, indem SenBildJugFam das Nähere bestimmen könne.

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) erklärt zur nachbarschaftlichen Betreuung, dass sich mit der 7. Verordnung zwei Haushalte treffen dürften. Die häuslichen Gegebenheiten seien unterschiedlich. In den Kitas solle auf die Größe der Räume geachtet werden. Zwecks Rahmung sei die Formulierung gewählt worden. Nunmehr würden mit der neuen Verordnung mehr Möglichkeiten erlaubt. Man könne nicht jeden Einzelfall erfassen.

Zur Frage des Abg. Fresdorf: Im Einzelnen regele das die Fachverwaltung. Im 14. Trägerschreiben stehe, unter welchen Rahmenbedingungen die nächste Stufe erreicht werden könne. Am 8. Juni erhielten die Vierjährigen Zugang. Manche Kitas könnten die Bedingungen erfüllen. Im Einzelfall könne dies möglich sein, wenn die Rahmungen eingehalten würden. Der Rahmen der Eindämmungsverordnung gelte für alle Kitas.

Zur Auslastung der Kitas: Am Vortag seien 64 900 Kinder in der Notbetreuung gewesen. Ende Februar seien es 166 500 gewesen. Angemeldet seien mehr. 80 Prozent des Personals könnten eingesetzt werden. 6 000 Personen seien derzeit nicht verfügbar. Daher könnten Nichtfachkräfte und Eltern hinzugezogen werden. Betreuung solle auch z. B. in Familienzentren oder wo auch immer möglich sein und werde genehmigt. – Die medizinische Betreuung sei mit der Teststrategie gegeben. Dezentrale Testungen seien möglich. Mit der weiteren Öffnung könnten die Abstandsregeln nicht eingehalten werden. – Man beschäftige sich jetzt mehr mit der Kindererholung. Derzeit seien noch viele Unterkünfte geschlossen. Gruppenreisen dürften daher nicht möglich sein. Man setze auf die Kindererholung am Stadtrand, wobei Übernachtungen vermieden würden. – Für Familien seien Individualreisen möglich. Angebote im Sommer werde man mit den Trägern besprechen.

**Stefanie Remlinger** (GRÜNE) bemängelt, dass keine ihrer Fragen beantwortet worden sei. Sie bitte um schriftliche Beantwortung. Das Haus habe bereits vor mehr als vier Wochen gewusst, dass es mindestens 2 000 Ausbildungsplätze weniger gebe. Wie lange dauerten die Entscheidungsvorläufe, wenn man zu dem Resultat käme, dass man in den anderen Angebotsformen jeweils verdoppeln müsse, was ein erheblicher Aufwand für alle Beteiligten wäre? – Sie habe nicht nach Breitband, sondern nach eGovernment@school gefragt.

**Regina Kittler** (LINKE) führt aus, dass es in Förderschulen Schüler/innen mit schwerem Autismus und solche mit schweren Mehrfachbehinderungen gebe. Auch für diese werde die Gruppenbetreuung mit 22 Schüler/inne/n geöffnet. Sei dies wirklich so? Dies könne nicht bewältigt werden.

**Paul Fresdorf** (FDP) erläutert, dass es um kleinere Kitas gehe, die ohnehin in kleinen Gruppen betreuten und deren junges Team sage, dass es räumlich und personell darstellbar sei, sofort alle Kinder zu betreuen. Nach dem Stufenplan wäre dies nicht möglich. Was müssten die Betroffenen machen, um sofort alle Kinder betreuen zu dürfen? Was spräche dagegen, den Stufenplan zu überspringen? An wen müsste man sich für eine Erlaubnis wenden? – Es gebe einen großen Druck auf die Eltern, Beruf und Kinderbetreuung zu bewältigen. Auch Bundesministerin Giffey fordere eine schnelle Rückkehr in den Regelbetrieb.

**Roman Simon** (CDU) bedankt sich dafür, dass es einen Musterhygieneplan für die Kitas gebe. Er bestärke den Senat darin, mit der Sportjugend im Gespräch zu bleiben, da sportliche Angebote unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt würden. – Er wolle den Blick auch auf die Kinder lenken, die im Februar keinen Platz gehabt hätten. Sie hätten einen Gutschein und wollten ihren Rechtsanspruch einlösen. Wie viele Gutscheine seien ausgegeben worden, die nicht in Verträge eingemündet seien? Wenn der Übergang zum Regelbetrieb nicht zu Beginn des neuen Kitajahrs vollzogen sei, fehlten 40 000 Kinder mit ihrer Finanzierung in den Kitas. Dann kämen auf die Träger erhebliche finanzielle Probleme zu. Er ermutige den Senat, auch diese Kinder im Blick zu haben.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) erklärt zur beruflichen Bildung, dass am Vortag das Thema Geschäftsprozessoptimierung mit der Möglichkeit, einen Dienstleistungsauftrag auszulösen, im Hauptausschuss behandelt worden sei. Nach der Sommerpause werde es eine Runde mit der IKT-Steuerung, dem ITDZ, den Bezirken und dem Dienstleister geben. – Für die Angebote für voraussichtlich nicht mit Ausbildungsplätzen versorgte Schüler/innen

seien SenIAS, RD und SenBildJugFam zuständig. Letztere habe bei den Berufsfachschulen Vorsorge für 1 200 Plätze getroffen; sie sei mit den Branchen im Gespräch und mit dem Gastgewerbe und der DEHOGA in der konkreten Planung.

An den Förderschulen würden die Gruppen wesentlich kleiner. Je nach Förderschwerpunkt gebe es eine unterschiedliche Personalzumessung und Gruppen von 6 bis 13,5 Schüler/inne/n.

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) erklärt Abg. Fresdorf, dass im Einzelfall ihre Verwaltung kontaktiert werden könne. Die Kitaaufsicht bespreche Fragen, die die Abdeckung unter den Bedingungen der Eindämmungsverordnung ermöglichten. Die stufenweise Rückkehr sei nicht aufgehoben oder beliebig.

Man müsse sich in der Tat auch um die Kinder kümmern, die neu in die Kita kämen. Die Aufnahmen fänden statt. Sie könnten mit Rückkehr zum Regelbetrieb realisiert werden. Eine Anzahl von Kindern sei durch die Krisensituation zurückgeworfen; sie sollten jetzt in die Kita einmünden. Dies müsse jetzt geplant werden.

**Holger Schulze** (SenBildJugFam) sagt, die genaue Zahl der Gutscheine sei ihm nicht bekannt. Bis Ende Februar habe man ca. 166 000 Verträge gehabt. Nach den Prognosen rechne man mit ca. 171 000 Verträgen bis zum Ende des Kitajahrs. Im Verlauf des Kitajahrs wären eigentlich ca. 5 000 Kinder hinzugekommen. Es seien jüngere Kinder hinzugekommen, insbesondere solche mit anspruchsberechtigten Eltern. Ca. 3 000 bis 4 000 Verträge habe man nicht realisiert.

Der **Ausschuss** nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 18/2666

[0321](#)  
BildJugFam

**Gesetz zur Anpassung des Abschlussverfahrens für die erweiterte Berufsbildungsreife und den mittleren Schulabschluss im Rahmen der SARS-CoV-2-Pandemie**

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner** weist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen hin.

**Dr. Maja Lasić** (SPD) erläutert den Änderungsantrag. Es gehe um eine Bereinigung hinsichtlich der Jahrgangsstufen. Weiterhin sollten die Wahlen auch in anderer Weise stattfinden können.

**Dirk Stettner** (CDU) sagt, in der letzten Sitzung habe man den Senat dazu aufgefordert, diese Regelung vorzunehmen. Er freue sich über den Änderungsantrag, dem er zustimmen werde.

**Andreas Wild** (fraktionslos) gibt zu bedenken, dass vieles von dem, was Meetings normalerweise gäben – Stimmung, Zugehörigkeitsgefühl, Austausch durch Blicke – wegfallen. Man begeben sich in eine Richtung, die vom Grundgesetz nicht vorgesehen gewesen sei.

**Paul Fresdorf** (FDP) hält für falsch, dass das Abitur durchgeführt, aber die MSA-Prüfung abgesagt werde. Letztere werde dadurch zu einem Abschluss zweiter Klasse, was gegenüber den Schülern nicht fair sei.

**Dr. Maja Lasić** (SPD) erinnert daran, dass die Änderungsanträge ausschließlich durch Corona begründet seien. Es würden keine von Extremlagen unabhängigen Änderungen eingeführt.

**Regina Kittler** (LINKE) verweist auf den Austausch der Meinungen im Plenum. Abg. Fresdorf habe sich dem Landeschülerausschuss gegenüber für die Absetzung des MSA eingesetzt. Insofern verstehe sie seinen plötzlichen Gesinnungswandel nicht.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur Drucksache 18/2666 zu. Er stimmt der Vorlage – zur Beschlussfassung – in geänderter Fassung zu. Er beschließt die Dringlichkeit.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/2691

**Chancengerechtigkeit an Schulen in Zeiten von  
Corona**

[0324](#)  
BildJugFam

#### Hierzu:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der  
Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/2691-1

**Chancengerechtigkeit an Schulen in Zeiten von  
Corona**

[0324-1](#)  
BildJugFam

**Dr. Maja Lasić** (SPD) erläutert den Antrag. Ein wichtiger Faktor sei, dass nicht alle Kinder mit allen Bildungsangeboten gleichermaßen klarkämen. Es gebe eine starke Korrelation zwischen Kindern mit erhöhtem Förderbedarf und erhöhtem Bedarf an Präsenzunterricht. Besonders unterstützungsbedürftige Kinder benötigten mehr Präsenzunterricht. Dies werde bereits von der Senatsverwaltung empfohlen und umgesetzt. Sollte es im nächsten Schuljahr weiterhin Mischbetrieb geben, könnten das gesamte verfügbare Personal und alle zur Verfügung stehenden Räume einbezogen werden, um möglichst viel Unterricht zu gewährleisten. Beim digitalen Lernen gehe es um die Anschaffung von Endgeräten. Man hoffe auf eine baldige Ausschreibung. Auch die Kompetenz der Lehrkräfte müsse gestärkt werden.

**Tommy Tabor** (AfD) erklärt, dass der Senat das Recht auf Bildung trotz der schwierigen Situation adäquat und gleichberechtigt umsetzen müsse. Der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen bestrafe die Leistungsträger. Die Arbeitskraft von Elternteilen, die zu Hause blieben, stehe dem Arbeitgeber nicht zur Verfügung.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) begrüßt den Antrag der Koalitionsfraktionen. Der Senat setze sich seit der Schließung der Schulen mit allen zur Verfügung stehenden Ressourcen dafür ein, bildungsbenachteiligte Schüler/innen in das Lernen zu Hause einzubinden, der virtuellen Schuldistanz zu begegnen und erforderliche neue Angebote zu entwickeln, um den Lernerfolg auch dieser Kinder und Jugendlichen sicherzustellen. Insofern begrüße sie den vorliegenden Antrag.

**Stefanie Remlinger** (GRÜNE) sagt, sie wolle auf den Vorwurf eingehen, man spiele verschiedene Gruppen gegeneinander aus. Von Beginn der Coronakrise an seien Prioritäten gesetzt worden, nämlich das Bildungssystem von den Abschlüssen her zu denken. Schüler/innen in der Nähe eines Abschlusses seien zuerst beschult worden. Wenn man den Lern- und Kompetenzerwerb betrachte, komme man auf die Jüngsten und die sozial Benachteiligten. Diese seien ins Spiel zu bringen. Daher brauche man einen Mischbetrieb für alle. Wahrscheinlich werde man noch monatelang einen Mischbetrieb haben. Solange man die Abstandsregeln nicht vollständig aufhebe, seien Gruppenteilungen notwendig. Es würden folglich mehr Personal und mehr Räume gebraucht. Andere Formen des Lernens seien einzubeziehen. Es gehe nicht nur um Stoff, sondern um Kompetenz und Qualität. Teamarbeit solle ermöglicht werden, wo auch andere Berufsgruppen eine Rolle hätten.

**Regina Kittler** (LINKE) kündigt die Ablehnung des AfD-Änderungsantrags an, weil der Antrag der Koalitionsfraktionen das Recht auf Bildung ermöglichen solle, insbesondere den Benachteiligten. – Man müsse jetzt schnell handeln.

**Paul Fresdorf** (FDP) sagt, er finde die Metabotschaft des Antrags gefährlich. Den beschriebenen Automatismus gebe es nicht zwingend. Der sozialökonomische Hintergrund müsse nicht darüber entscheiden, wie Eltern sich um ihre Kinder sorgten. Es gebe arme Eltern, die sich Mühe gäben, ihre Kinder zu Hause zu unterrichten. Andererseits gebe es Eltern mit viel Arbeit, die diese Zeit nicht aufbringen wollten oder könnten und das Kind vielleicht vernachlässigten. Die sozioökonomische Begründung der Förderung von Kindern führe zu einer sozialen Segregation an Schulen. Es müsse schneller einen Regelbetrieb für alle Kinder geben. Das soziale Miteinander in der Schule sei für alle Kinder wichtig, ebenso die Entlastung für Familien. Sinnvoller wäre 14-tägiger Blockunterricht für alle.

**Dirk Stettner** (CDU) signalisiert Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen, obwohl Bedürftigkeit nicht automatisch Bildungsferne bedinge. Den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lehne er ab.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab und stimmt dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu. Er beschließt die Dringlichkeit.

## Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2696

[0320](#)  
BildJugFam

### **Schule neu denken: Digitale Sprunginnovation zu integriertem Unterricht. Schule verlässlich und sicher machen. Ein Bildungsfahrplan für das neue Schuljahr 2020/21**

**Dirk Stettner** (CDU) hebt die richtigen Ansätze in dem Antrag hervor. Auf Senatsebene laufe derzeit zu wenig. Die Exekutive habe in Lagen zu denken, die Szenarien zu planen und vorzubereiten. Alle hofften auf einen Regelbetrieb mit Beginn des nächsten Schuljahrs. Aber die Infektionslage könne sich auch anders entwickeln. Es müsse gehandelt werden!

**Regina Kittler** (LINKE) bestätigt, dass man in einigen Punkten erfreulicherweise die gleiche Meinung habe. Allerdings sei der Antrag der CDU-Fraktion nicht deckungsgleich mit dem der Koalitionsfraktionen. Die akzeptablen Teile fänden sich im Koalitionsantrag. – Für die Tagesreinigung habe man schon im Doppelhaushalt vorgesorgt. Möglicherweise würden mehr Mittel benötigt. – Die vollständige Einhaltung des Hygiene- und Infektionsschutzes forderten die Koalitionsfraktionen schon jetzt. Durch die Verordnung sei dies bereits Grundlage und durch Rundschreiben der Senatsverwaltung angeordnet. – Es werde eine Fortbildung mit Prüfung gefordert. Was geschehe, wenn eine Lehrkraft die Prüfung nicht bestehe? – Unterricht am Samstag und in 0. Stunden werde gefordert, um den verlorenen Stoff aufzuholen. Dies sei der falsche Ansatz. Die schulinternen Curricula müssten entschlackt werden. Es müsse geschaut werden, was essenziell sei.

**Paul Fresdorf** (FDP) findet den Antrag der CDU-Fraktion besser als den der Koalitionsfraktionen. Er habe den Samstagsunterricht abscheulich gefunden. Man müsse den Fachkräftemangel bedenken. Mit welchem Personal sollten die Stunden gestaltet werden? – Ein Gerätemix an den Schulen sei mittelfristig nicht zu verhindern. Warum sei also eine zentrale Beschaffung zwingend?

**Andreas Wild** (fraktionslos) meint, im Prinzip könne man den Standard durch Ausdünnen und Verzicht auf Anforderungen senken. Möglicherweise berate ein Arzt, der in der Coronazeit seinen Abschluss gemacht habe, dann falsch. Oder die Brücke eines Ingenieurs stürze ein. Entweder gehe es um Inhalte, die die Kinder beherrschen sollten, oder es gehe darum, Lücken zu vertuschen. Die Koalitionsfraktionen wollten vertuschen.

**Dirk Stettner** (CDU) bemerkt, dass es in Baden-Württemberg digitale Endgeräte für alle gebe. – Man müsse in Lagen denken. Für den Fall, dass man mit Abstand beschulen müsse, müsse man ein Szenario entwickeln. Wenn man Schichten einrichten würde, bräuchte man den Samstag. – Alle Lehrkräfte müssten digital fortgebildet werden. Aus der Lehrerschaft gebe es dazu breite Zustimmung. Wer den digitalen Führerschein in der ersten Fortbildung nicht erwerbe, werde eine zweite machen müssen.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der CDU-Fraktion ab. Er beschließt die Dringlichkeit.

## Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Arbeit mit digitalen Medien in Schulen und im  
Lernraum Berlin und die damit verbundene  
Erlangung von Medienkompetenz durch  
Schüler\*innen und Lehrkräfte, auch vor dem  
Hintergrund der gegenwärtigen Lernbedingungen  
während der Corona-Pandemie**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)

[0315](#)  
BildJugFam

**Stefanie Remlinger** (GRÜNE) fragt, ob die Organisierung des Präsenzbetriebs durch die Lehrkräfte zu einer Reduktion der digitalen Angebote führe. Wie seien im Hinblick auf eine gleiche Lastenverteilung zwischen den Beschäftigten Überlegungen gediehen, Standards einzuziehen? Inwiefern bleibe es jeder Lehrkraft überlassen, Angebote auszubauen? Könnten Unterrichtsangebote mithilfe der regionalen Fortbildung, des LISUM, der Schulaufsicht entlang des Rahmenlehrplans ausgearbeitet und den Klassen zur Verfügung gestellt werden? Sei etwas mit der regionalen Fortbildung in Arbeit?

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) erklärt, der „Lernraum Berlin“ werde als ein Leitprojekt des E-Education-Berlin-Masterplans kontinuierlich weiterentwickelt und den Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Lernraum-Team stehe auf Beratungen und schulinternen Fortbildungen zur Verfügung; die Nutzung des Angebots sei freiwillig. Datenschutz und Sicherheit würden gewährleistet. – Die regionale Fortbildung sei ein wichtiges Thema. Man biete zahlreiche Fortbildungen zu Medienbildung und Digitalisierung an. Die regionale Fortbildung Berlin biete zahlreiche Onlineveranstaltungen an. In Einführungs- und Vertiefungskursen werde die Nutzung des Lernraums thematisiert.

**Anja Tempelhoff** (SenBildJugFam) berichtet, dass der Lernraum täglich von 30 000 bis 35 000 Personen genutzt werde. Täglich kämen bis zu 1 500 neue Nutzer dazu.

**Dirk Stettner** (CDU) bemängelt, dass nur 10 Prozent der Schulgemeinschaft erreicht würden. Dies sei keine Lösung. Noch niemand habe ihm gesagt, dass der Lernraum ein gut funktionierendes Schulcloudprojekt sei. Es gebe bessere Anwendungen, die man mit dem Lernraum kombinieren könne. Warum versuche der Senat immer, das Rad neu zu erfinden? Man könnte in sechs Wochen so weit sein, dass man für alle Schüler/innen ab der 4. Klasse und alle Lehrer eine Nutzungsmöglichkeit hätte. Dafür wäre es nötig, dass E-Mail-Adressen eingerichtet würden. Er befürchte, dass die Maßnahmen nicht umgesetzt würden. Man müsse die Sprunginnovation schaffen, um Bildung in Berlin auf ein anderes Niveau zu bringen.

**Regina Kittler** (LINKE) fragt, ob eine Nachbestellung für Endgeräte ausgelöst werde. Welche Schulen würden berücksichtigt? Wie groß seien die Förderkapazitäten? Stünden diese zu allen Tageszeiten zur Verfügung? Wie werde der Datenschutz gesichert? Für jeden Admin sei ersichtlich gewesen, welche Schüler/innen aus welcher Schule angemeldet bzw. registriert gewesen seien. Sei dies behoben? Sei der Lernraum gegen Hackerangriffe gesichert? Werde man datenschutzkonforme digitale Tools haben, die durch Schulleitung und Lehrkräfte ausgewählt werden könnten? Gebe es eine Liste mit Empfehlungen von Tools? – Sei eine Über-

arbeitung der Schuldaten-VO von 1995 geplant? – Wer habe Anspruch auf ein mobiles Endgerät? Inwiefern sei die Wartung gesichert?

**Paul Fresdorf** (FDP) erklärt, bezüglich der Fehleranalyse bestehe in vielen Punkten Einigkeit. Man sei noch nicht da, wo man sein müsste, wenn man eine gute Medienkompetenz durch die Arbeit mit digitalen Medien und den Lernraum Berlin haben wolle. In der Tat benötige man einen intuitiv bedienbaren Lernraum. Die Schulen seien sehr unterschiedlich aufgestellt. Dieser Zustand dürfe nicht von Dauer sein. Man brauche klare Zuständigkeiten in der Senatsverwaltung und jemanden, der sich um die Inhalte kümmere. Die Bedienung müsse einfach sein. Die Lehrer/innen müssten befähigt werden, schnell mit einem solchen Tool arbeiten zu können. Auch unabhängig von Corona müssten alle Schüler/innen fit gemacht werden, um in einer digitalen Arbeitswelt voranzukommen.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) bemerkt, die Nutzerzahlen der Lernplattform „Lernraum“ bedeuteten nicht, dass die übrigen Schulen keine eigenen Lernmanagementsysteme hätten. Wichtig sei die Datensicherheit. Alle Schulen arbeiteten mit Lernmanagementsystemen, es gebe keine homogene Struktur. – Die 9 500 iPads seien zum größten Teil ausgeliefert und verteilt. Am meisten habe Mitte davon profitiert. Anspruchsberechtigt seien zunächst Kinder mit BuT-Anspruch, insbesondere solche in der BuT-Lernförderung, weiterhin die Jugendlichen in den Abschlussjahrgängen und dann die übrigen. Inzwischen gebe es Bedarfsanmeldungen für 29 000 Geräte. Insgesamt würden 43 000 Geräte beschafft – 40 500 für die allgemeinbildenden Schulen, 2 500 für die beruflichen Schulen. Support und Wartung würden durch IT-Experten sichergestellt. Datensicherheit und eine zentralisierte Administration der Geräte müssten möglich sein. Nicht kind- und jugendgerechte Apps könnten nicht heruntergeladen werden. – Die Schuldatenverordnung werde überarbeitet. – Auf der Homepage der Senatsverwaltung gebe es Leitfäden für das Lernen zu Hause.

**Anja Tempelhoff** (SenBildJugFam) berichtet, dass die 53 Server ununterbrochen zur Verfügung stünden. Der Lernraum sei für das Videotool ausgeweitet worden. Ein Hack wie bei der HPE-Cloud sei technisch so im Lernraum Berlin nicht möglich. Aber kein System sei völlig sicher. Man müsse nur besser und schneller sein als die Hacker. Leider könne man aus rechtlichen Gründen keine Liste von datenschutzkonformen Tools erstellen. Der Lernraum sei 2005 erstellt worden. Sie sei dabei, die Rollen neu zu strukturieren und den Lernraum damit zu professionalisieren. Das Lernraum-Team werde weiterhin die Lehrkräfte beraten und bei der Nutzung unterstützen.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

#### Punkt 7 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner** verabschiedet Herrn Schütz, der nach 31 Jahren das Haus verlassen wird, und bedankt sich sehr herzlich bei ihm.